

Wochenschrift für den gesamten Osten

Verlag Bund Deutscher Osten E. V., Berlin W 30.

Ma
Erg 22 Juli 1933

Erscheint wöchentlich, einmal. Bezug: Durch die Post vierteljährlich 1,50 RM. Einzelnummer 20 Pf. u. 5 Pf. Postgebühr. Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der Gezeilspalte, Seite 30 Pf., bei Familien-, Ortsgruppen- u. Stellen-Anz. 20 Pf., bei Anz. im Anschluß an den Text auf Leihbreite 1,30 RM.

Nr. 30. Berlin, 21. Juli 1933. 14. Jahrg.

Anhalt; S. 297: Nationalsozialismus im Baltikum. / S. 299: Die Polen bei Weidlich; Weidlich. / S. 302: Ein Arbeiterband der Weica. — Werner Clunif: Christliches Arbeiterreform. — Christen überwindet die Arbeiterökonomie. / S. 303: Der Personalüberbauung knüpft man die Erwartung, daß die junge Generation, die bisher vom Schicksal verurteilt war oder selbst absichts stand, zur Mitarbeit herangezogen wird. — Damit ist endlich ein wenig erfreuliches Kapitel in der Nachkriegsgeschichte des baltischen Deutstums geschlossen. Dieser führenden deutschen Gessellschaft ist es in erster Linie zu verdanken, daß heute noch in den deutsch-baltischen Kreisen eine ungeliebte Unkenntnis über den Ursprung der deutschen Revolution und damit auch über Wesen und Gehalt des Nationalsozialismus herrscht. — S. mehr sich nämlich der Nationalsozialismus in Deutschland durchsetzte, um so heftiger regten sich die „Jüderhölzer“ an und großer Teil der abgehenden Generation über diesen Kulturbolschewismus und dessen Urheber, den „ungebildeten Malermeister“, wie man zu jagen pflegte, auf, umsonst aber regte es sich in den Herzen der jungen Generation, denen die Fehler und mangelhafte Qualifikation der sogenannten führenden Schicht immer mehr in die Augen sprangen. Immer mehr gerieten in den Raum der nationalsozialistischen Ideen, die ihnen wie eine Erlösung aus diesem Zustand vorkamen. — Die Argumente, die der in den baltischen Reichen immer mehr am sich greifenden Bewegung vorgehalten werden, sind so verschiedener Art, aber dabei so einseitig und lächerlich, daß auf sie an dieser Stelle nicht eingegangen werden kann. — Aber etwas „Politik“ haben die nicht unbedingten Angriffe, die nur die innere Selbstlosigkeit des im Überbesseren begriffenen liberalisier- demokratischen Systems kennzeichnen, doch gezeigt: die Wegbereiter des baltischen Nationalsozialismus wurden auf diese Weise gewonnen, sich praktisch auch mit den nebenwichtigsten Problemen der Zeit zu befassen und so klar und einseitig zu erkennen, was sie letzten Endes wollten. Die nächste Folge hiervon war die Gewinnung neuer Anhänger und die erfolgreiche Festigung der nationalsozialistischen Grundlagen in der jungen Generation des baltischen Deutstums.

Erster zu nehmen ist der Vorwurf seitens des Systems, daß der baltische Nationalsozialismus ein Ableger der NSDAP sei. Er sei nur dazu angetan, Unfrieden und weitere Zersplitterung in das deutsche Deutstum hineinzutragen und die ohnehin nicht erfolglichen Beziehungen zu dem Osten noch weiter zu verschlechtern. — Die Antwort hierauf ist eine dreifache:

1. Kein baltischer Nationalsozialist spricht ernstlich davon, das Parteiprogramm der NSDAP in Ostland einzuführen, da das ein Unsinns sei.

2. Die Zersplittertheit ist ja gerade auf die „Arbeit“ des bisherigen Systems zurückzuführen.

3. Bleibt es nicht am baltischen Nationalsozialismus, daß das Verhältnis zwischen Osten und Westen ein denkbar schlechteres ist. — Bevor nun auf den Wesensinhalt des baltischen Nationalsozialismus eingegangen wird, sei kurz folgendes zur Erklärung der Lage gesagt: Es wird gerade im Reiche nicht bekannt sein, daß die gesellschaftliche Schichtung im baltischen Deutstum eine andere ist als im Reiche. Die exponierte Lage des Landes, die geradezu kolonialkolportage geistliche Entwicklung und nicht zuletzt die Einflüsse fremden Blutes

deutscher Abstammung ansetzt; / S. 306: Ehebüchse Jugend an die Avant! — Was den endlich zurückgetreten. „Machtkäse“ noch „denkbar“. — „Neben oder Zitat“? / S. 307: Ein entscheidender Schritt zum baltischen Nationalsozialismus in Ostland. — Die baltischen Staaten. / S. 308: Der politische Nationalismus in Ostland. / S. 309: Mitteilungen des Bundes Deutscher Osten. — Personalüberbauungen etc.

Nationalsozialismus im Baltikum.

haben hier einen deutschen Menschen geschaffen, der ein ausgesprochenes Sondergoppräge zeigt, und das im Lande selbst als „baltische Eigenart“ bezeichnet wird. Dieses Deutstum bildete indes nur eine dünne Oberschicht in einer fremdnationalen Umgebung. Da es aber viele Jahrhunderte hindurch die politische und wirtschaftliche Macht im Lande besaß, konnte es sich auch erfolgreich den Interessen ihres Landes (Polen, Schweden, Rußland) gegenüber durchsetzen.

Seitdem das baltische Deutstum seine staatliche Selbständigkeit eingebüßt hatte (noch im Jahre 1860 wurde dieses Teilgebiet des Russischen Reiches „Deutsche Ostseeprovinzen“ genannt. Rußland fing erst da an, nach Estland und Livland aufhörten), richtete sich deren Augenmerk immer mehr auf den Ausbau und die Pflege seiner ererbten deutschen Kultur. Dieses geschah umso intensiver, je mehr einerseits die Ausflüchten einer neuen politischen Anhängerschaft an Deutschland (schonend noch 1918 wäre es dazu gekommen, wenn Deutschland den Krieg nicht verloren hätte) und je mehr andererseits sich Deutschland vom baltischen Deutstum abwandte und sein Augenmerk mehr auf den Westen und die Kolonien richtete.

Das baltische Deutstum erfüllt in folgende, gegeneinander streng abgeschlossene Stände: den Adel, die akademisch gebildeten Bürger in Stadt und Land aber wie sie dort genannt werden, die Literaten, die Routeleute und nach großem Ansehen, die Handwerker. Es stellt aber keine einheitliche Volkstumsgruppe dar, wie etwa das Substantivdeutschstum, denn das eigentliche Fundament eines jeglichen sozialen Aufbaues einer Volksgemeinschaft, nämlich der Dauerhaftigkeit, fehlt hier ganz (bis auf ein paar importierte Kolonisten). Darüber hinaus fehlt dem baltischen Deutstum, insbesondere der Jüderhölzer, das Gefühl der unbedingten Zusammengehörigkeit aller Stände und Schichten als Schicksalsgemeinschaft in einem geschlossenen Volksganzen.

Wo aber dieses psychische Band fehlt, bilden sich rein psychische Anhäufungen verschiedener Klassen und Schichten, die kaum zueinander Notiz nehmen und jede für sich im modernen Sinne des Wortes eine geschlossene Gesellschaft bilden. Diese baltische Abgeschlossenheit, die in der letzten Zeit einen geradezu exzessiven Charakter angenommen hatte, führte zu förmlichen Schließungen des Gesamtvolkstums, weil durch die unsoziale Behandlung der unteren Schichten eine starke Abwanderung dieser ins lettische Reich erfolgte. Hinzu kam noch, daß die liberalen Elemente in allen Schichten auch noch das ibrige dazu beigetragen haben, das Deutstum zu schwächen, indem sie auf ihre Weise der namentlich in der Vorkriegszeit heimlich wirkenden Verfallung der baltischen Völker den Weg ebneten. Wie weit diese Entfremdung heute bereits vorgeschritten ist, besagt folgendes Joch. — In den letzten drei Jahren gingen durchschnittlich 40 o. 5 des Deutstums Mitglieher ein. Es erbaute sich also das Deutstum dank einer ganz unzeitgemäßen Politik der Möglichkeit zur Selbst-erhaltung durch Zusammenhalten aller seiner Teile. Wenn das früher, unter ganzlich anderen Bedingungen als ein Ausleseprozeß und nicht als etwas Anormales empfunden wurde, so ist das heute, nachdem die nationalsozialistischen Grundlagen insbesondere des Adels durch die lettische „Agrarreform“ vernichtet wurden, nicht mehr tragbar.

Das baltische Deutstum ist am Ende seiner Kraft, und es kann einen Teil seiner Position erst dann wieder gewinnen, je fester es sich innerlich zusammenfügt und seine Aufgabe nicht in der Züchtung einer in der Luft schwebenden baltischen Akademikerzucht in bisheriger altbaltischer

Eraktionen liebt, sondern vor allem in der Ersaffung sämtlicher Schichten und weiter in der Schaffung einer gelassen lebensfähigen Bodenständigkeit. Das Leben der oberen Stände widert sich doch schließlich im Übermaß eben dieser bislang zurückgebliebenen Schichten, insofern sie nicht den Limmert mit mehr oder weniger großen Verschleißarbeiten mider und hängt doch schließlich mit ihnen über alle fählichen und sozialen Unterstöße hinweg blutsmäßig und kulturreisend zusammen. Die erste Voraussetzung überhaupt zur Erhaltung des baltischen Deutschtums in den Randstaaten ist also die Ersaffung dieser bisser nur als "Wählermasse" betrachteten niederen Schichten aus Erziehung ihrer "Kleiner" zu kollektivem zurückgebliebenen Schichten. Das kann aber nicht sein, wenn man medizinisch-intellektuell und jobnehmend aus dem Papier gelassen, sondern die Führung hat sich die Mühe zu geben, das Leben dieser Menschen mit neuen geistigen Werten zu bereichern, damit sie diese Schicksalsgemeinschaft auch wirklich seelisch miterleben. Die Wege, die man bisher in dieser Richtung zu beschreiten versuchte, waren, kurz gesagt, falsch.

Hierfür legt sich nun der baltische Nationalsozialismus ein, der der Jugend Existenzmöglichkeiten erkämpfen will, auch wenn diese noch in weiter Ferne liegen. Er legt sich weiter gerade dafür ein, daß der junge Mensch von heute nicht fruchtlos Jahre auf der Schulbank verbringt, um später einmal Gleich eines gemittelt geprüften akademischen Proletariats zu werden oder als Akademiker irgendwo für einen Junglerun unproduktive Arbeit zu leisten, sondern daß er aufs Land geht und dort seinen Lebensunterhalt sucht. Das muß nun einmal unumwunden gesagt werden, auch wenn es für viele eine bittere Pille sein wird. Der baltische Deutschtum von heute kann unmöglich mehr "Hunger" dienen. Entweder man läßt es sein, oder man zieht die bisherige Führung es wünscht, dann hat man sich sein Grab schon geschaffen, oder man gestaltet alles neu, dann hat wenigstens die junge Generation noch Aussichten auf ein "Vormittkommen, die allerdings auch erst erkämpft werden müssen. Heute ist nicht mehr die Zeit dazu, sich in spekulativen Betrachtungen über die Existenzberechtigung des Nationalsozialismus im Baltikum zu ergeben.

Der Kampf um die Eringung einer neuen Bodenständigkeit ist also ein zentrales Ziel des baltischen Nationalsozialismus. Er fordert vom Staate den "Unterstützung" und die Lebensnotwendig, um sein Volkstum zu erhalten und seine Eraktionen zu pflegen, der ihm jedoch vom lettischen Staate aus politischen Erwägungen heraus vorzuziehen wird. Der baltische Nationalsozialismus kann weiter darum, daß in Deutschland selbst durch entsprechende Aufklärung an Stelle des territorialen Nationalgefühls der Volkstumsgefühle tritt, der im Auslandsdeutschen von jeher tiefer lag, schon weil er dank der fremdenstämmigen Bevölkerung nicht so stark war. Dies liegt (auch wenn dieser Kampf weitestenteils nur mit geistigen Waffen ausgetragen wird). Der Reichsdeutsche soll in Zukunft den Auslandsdeutschen nicht nach seinem Gode beurteilen, sondern nach seiner Mutterzunge. Der Auslandsdeutsche soll für ihn nicht Vette sein oder Elter oder Ruffe (allein schon die Bezeichnung "Deutsche" oder "Deutsche ist ein Abdruck), sondern ein Deutscher wie inessigieren, nur daß er kein Ruffisch, Lettisch oder ein anderer "Fremd" ist. Der Deutscher in Zukunft ist seiner Pflichten als Deutscher in der Auslands in ganz wesentlich höherem Maße als bisher zu gegenwärtigen, und nicht nur zufällig sollte zu sein und dann vielleicht noch Deutscher oder gar Ruffe, wie es bislang sehr häufig der Fall war.

Der baltische Nationalsozialismus will also dem baltischen Deutschen einen neuen Volkseinheit, einen neuen inneren Wert geben. Er soll sich dessen bewußt sein, daß seine deutsche Sprache, sein Gut, seine Kultur, seine Heimat untrennbar mit Deutschland verbunden sind, und daß er sich nur dank der Existenz des Deutschtums "Nichtes" seine Selbständigkeit als Teil der deutschen Volksgemeinschaft in den fremden Randstaaten behaupten kann. Damit spricht der baltische Nationalsozialismus keineswegs gegen das Majoritätstolk des betreffenden Staates. Er hält es im Gegenteil für unbedingt notwendig, daß beide Völker eng zusammenleben und besser miteinander arbeiten, als es bisher möglich war, zumal sie das Schicksal auf einen gemeinsamen Boden gestellt hat. Dieses Einermischen ist durchaus möglich, auch ohne im Zentrum der Aufmerksamkeit. Diese Beziehungen mancher englischen Gemüter sind hinlänglich, und sind nur ein Armutszeugnis für jene, denn nicht nie ist ein kulturell überlegenes Volk in einem kulturell tiefer lebenden Volke untergegangen, wenn es nach seinem inneren ureigenen Sittengefühl lebt.

Zu den Hausbrühen, die eine Verflüchtigung zwischen beiden Teilen im Augenblick erschweren, ist folgendes zu bemerken. Der kulturell tieferlebende (nicht minderwertiger) Mensch trägt stets eine gewisse Abneigung gegen einen kulturell höher lebenden. In diesem Falle ist die Abneigung zum Teil auf die heutige Politik des Abtes zurückzuführen, die man als ein Abstreifen der bischöflichen vorantwärtlichen Eraktion der Landespolitik bezeichnen kann, in jüngerer Zeit jedoch zum größten Teil auf die negative Beeinflussung der Letten durch gemittelte Elemente, insbesondere durch die lettischen Sozialdemokraten, die schon 15 Jahre lang die öffentliche Meinung beherrschen und deren Selbstzwecker, die Juden, die sich auch hier zu Wort erheben, sind keineswegs "Belange" zu sparsamen. In der nächsten Gruppe sind dies die einzigen "Einiger" "Einiger", die in der letzten Horn lösen. Alle diese Elemente hoffen durch ausgeübt schlechte Behandlung der Deutschen als Bürger dritten Grades die Günst ihrer gegen Verbündeten, der Franzosen und Engländer, zu erschleichen.

Dieser Hoff, der letzten Endes nichts anderes ist als der Ausdruck einer Angelpolstose, hervorgerufen durch den allzu politischen Abtritt der deutschen Sozialdemokratie aus dem politischen Rahmen Deutschlands, geht so weit, daß der eigentliche Diktator Lettlands, der Sozialdemokrat Lettlands, der am 1. März 1933 zum Reichspräsidenten "Bruno" Lettlands, öffentlich auszurufen mochte: "Lettlands Sozialdemokratie, dessen Weikriege, dessen jüdische Armee die deutschen Gruppen erntend geschlagen habe (sagt und ??), werde auch in einem Wirtschaftskriegsdeutschland in die Knie zwingen".

Solche "Rebensarten" sind ernst gemeint, denn Lettland wähnt sich tatsächlich als liegobte Großmacht, die mindestens ebenso mächtig ist wie Deutschland. (Obwohl seine Gesamtbevölkerung etwa 1/10 von Groß-Berlin beträgt, und wozu noch rund 1/10 fremdenstämmige Minoritäten und noch 1/10 von 7000 Deutsche, 300000 Russen, Polen, Litauern und Esten und 95 000 Juden)

Dieses Sichelgeschloß ist aber nur eine Folge der falschen Politik Deutschlands in den verflochtenen 14 Jahren, die nur eine Politik des Selbstgeheulens, oft aber überhaupt keine Politik war (Röster, Stieve, Schulz von Thun u. a.).

Eine der Hauptaufgaben des baltischen Nationalsozialismus wird also sein, diese negative Einstellung der lettischen Sozialdemokraten als der herrschenden Schicht den Deutschen gegenüber abzubauen. Wege und Möglichkeiten gibt es genug, die, wenn sie ernstlich und zielbewußt in Angriff genommen werden, sicher zum Erfolg führen. Die baltischen Nationalsozialisten haben einige Wege schon mit Erfolg beschritten.

Ein weiteres Ziel des baltischen Nationalsozialismus ist die Verfestigung des parlamentarischen Systems und der vielen Parteien im baltischen Lager. Darüber hinaus will er sich doch einleiten, daß dieses überlebte System der Interessengruppen im lettischen Parlament, von deren eigenwilligem Rußhandel das Wohl und Wehe des ganzen Landes abhängt, durch eine autoritäre Staatsführung ersetzt wird, um der das baltische Deutschtum als eigenständiger Träger der Kultur und als Staatsvolk ersten Ranges anerkannter und beteiligt wird nach dem Prinzip: Gemeinnut geht vor Eigennut.

Das diesen wenigen und nur kurz gestreiften Fragen ersieht man, daß der baltische Nationalsozialismus alles andere ist als ein Ableger der NSDAP. Er lehnt es auch ab, Reichsdeutsche in seine Reihen aufzunehmen. Die Führer betonen ganz mit Recht, daß sie als lettisch-landliche oder estländische Staatsangehörige niemals das Programm einer politischen Organisation eines fremden Staates übernehmen können, noch weniger aus der Bewegung der deutschen Erneuerungsbewegung schöpfen und die neue deutsche baltische Volksgemeinschaft im Sinne der nationalsozialistischen Weltanschauung aufbauen wollen.

Der baltische Nationalsozialismus führt also den Kampf nicht um des Kampfes willen, nur um noch mehr Klaffen aufzureißen, die von dem bisherigen, jurist immer noch herrschenden System geistlich zugestimmt werden, sondern um die Verbindung aller bisher gegen- und einander lebenden Deutschen endlich einmal zu erreichen. Sein Ziel ist die Einigkeit und die Einheit, die durch den Kampf erreicht werden soll, nicht die Abneigung und Selbstverneinung gegen das Majoritätstolk und nicht Abbruch und Selbstmord. Das dieses Ziel nur durch eine reifliche Auseinandersetzung mit dem bisherigen System herbeigeführt werden kann und nicht durch irgendeine Kompromisse, liegt auf der Hand.

Die Vertrauenskrise ist nun einmal da und kann unmöglich noch länger gelagert werden. Sie ist insofern in Lettland wie in Estland, und darüber können weder das herrschende System noch die "Rigischen Rundschau" oder "Revalische Zeitung" hinwegtäuschen. Das baltische Problem von heute ist nicht, ob der Nationalsozialismus für das dortige Deutschtum Berechtigung hat oder nicht, sondern es ist das Führungsproblem, das dem bisherigen Schlandrian ein Ende bereitet. Dieses kann nicht gelöst werden durch eine Umgestaltung der organisatorischen Verhältnisse und die neue Gestaltung der baltischen Volksgemeinschaft oder durch "Ausmerzen" von einzelnen Personen durch andere (wie jetzt in der "Rigischen Rundschau"), sondern nur durch die bewußte Erziehung zu einem neuen deutschen Menschen. Wenn der deutschbaltische Mensch in den Randstaaten den Nationalsozialismus erkennt oder nicht, das vom Inhalt der deutschen Revolution verriert hat, so ist das, wie bereits eingangs erwähnt, die Entscheidung über die Berechtigung der baltischen Führer der "Rigischen Rundschau" zu werden. (Dr. Schiemann schrieb noch zu Anfang dieses Jahres in der "Rigischen Rundschau", daß der Nationalsozialismus im Bewußtsein des deutschen Volkes als Unlauberkeit empfunden wird!)

Eines der vielen Merkmale des Führers besteht darin, daß er seiner Zeit voraus ist, das Neue erst, bevor es entsprechend festlich ausgetreten. Das ist heute der Fall. Die baltischen Führer im Baltikum nicht der Soll gemessen. Wer diese Fähigkeiten nicht aufbringt, hat zu verschwinden, und zwar möglichst schnell, um nicht die Veranlassung zum offenen Bruch im eigenen Lager zu geben. Der baltische Nationalsozialismus will also weiter nichts als eine geistige Erneuerung des deutschbaltischen Menschen in einer neuen wachen Lebens- und Volksgemeinschaft, in der alle Schichten und Stände gleichberechtigt teil zuerkennend sind, und in der die baltische Volksgemeinschaft sich zuerkennend und in dem Offenen zu werden, und die nicht nur wie bisher auf dem Papier besteht, sondern wirklich innerlich dieses Ergebnis sein will. Wer dem im Wege steht, sei es aus Eigenwilligkeit oder Unmündigkeit, trägt für die Folgen selbst Verantwortung.

Dr. L u d e r - L a h r.

Wie Polen das Genfer Abkommen achtet.

„Wie das Saargebiet, so muß nach deutlicher Überzeugung auch Ostoberschlesien nach Ablauf seiner 15jährigen Frist beikommen ins Reich.“ Mit diesen Worten schließt der Verfasser des Artikels in Nr. 28 vom 7. Juli 1933 dieses Blattes seine Ausführungen, in denen er sich mit dem Buch „Gernung unter der Krone“ des Engländers Damson beschäftigt. Obereschlesien, dem Lande mit einer ausgesprochen deutschen Kultur, muß nach Ansicht dieses Engländer die Möglichkeit gegeben werden, selbstständig von politisch und wirtschaftlich Druck über seine politische Zugehörigkeit durch Abstimmung der der ganzen Welt zu bemessen, daß es seine Rolle als Faktor der Weltwirtschaft nur im Verbände des Deutschen Reiches zu erfüllen befähigt ist.

Nicht nur kulturell und wirtschaftlich haben die Schöpfer des Versailles Diktats eine Pflicht gegenüber diesem unglücklichen Lande dadurch abzutragen, daß sie seiner autotrophen Bevölkerung diese Abstimmung ermöglichen; sie haben auch deshalb eine Verpflichtung dazu, weil Polen offensichtlich keine den Obereschlesien verfassungsmäßig garantierten Verpflichtungen nicht nur nicht erfüllt hat, sondern dieses unbetrübten deutsche Obereschlesien in der unzulässigen Weise wie eine farbige Kolonie behandelt. Leider ist diese Tatsache auch von deutscher Seite nicht hinreichend vor der ganzen Welt in das richtige Licht gestellt worden, so daß nur wenigen bekannt ist, was Ostoberschlesien in den 12 Jahren, die es sich der polnischen „Freiheit“ erlitten hat.

Man entzieht den Obereschlesien, die infolge der kontinuierlichen Propaganda mit Unterstützung der französischen Besatzungstruppen vornehmlich vorantgedrungen worden sind, die Autonomie, die im polnischen Verfassungsgesetz vom 15. März 1920 „Wojewodschaft Schlesien“ garantierte. Dieses Verfassungsgesetz bestimmt in Artikel 43, „daß die Wojewodschaft Schlesien ein organisiertes Statut erhalten soll“. Dieses Statut steht bis heute noch aus, obwohl die gesamt-polnische Verfassung am 17. März 1921 erlassen worden ist. Man entzieht also den Obereschlesien die ihnen förmlich garantierte Rechte vor. Denn die Abstimmung vom 20. März 1921, mit der diesen Obereschlesien die definitive Bestimmung, die sie zum Reich beizubehalten werden ist, auf dieses Land in den Besitz Polens zu bringen, hat Polen eine Voraussetzung des Plebiszits nachträglich verletzt und die gutgläubig Abstimmenben um ein ihnen zugesichertes Recht betrogen.

Leider ist diese Tatsache bisher von den maßgebenden deutschen Faktoren fast gar nicht hervorgehoben worden, so daß unsere Feindzeitung irreführender oder nur überwiegenden Eil gegen ihren Willen zu Polen gekommenen 3 Millionen obereschlesischen Volksleute in der Hoffnung vielerlei Versprechungen und Zusicherungen, die dem Lande zufließen werden, sich dem Lande zu verschließen, sich unter oberste Aufgabe, zu zeigen, daß wir nichts unversucht lassen werden, um ihnen bis zum Jahre 1937 die Gelegenheit dafür zu verschaffen, selbst darüber zu entscheiden, ob sie zu ihrem deutschen Vaterlande zurückkehren wollen, dem sie seit dem Jahre 1335 angehört haben. Mit dem Ablauf des Genfer Abkommens wird das Schicksal für die Obereschlesien für immer gelöst sein, denn sie werden dann keine Möglichkeit mehr haben, aus ihm jemals wieder herauszukommen. Dann wird auch der Druck mit allem, was ihnen lieb und teuer ist, vollendet sein. Leider hat bisher selten jemand gegen die Verletzung der Genfer Konvention bei den internationalen Anstalten Protest erhoben und die vielen Verletzungen des Genfer Abkommens, die Polen sich hat zuzuschulden kommen lassen, mit Nachdruck hervorgehoben. Während man sich Polen bei der geringsten Kleinigkeit Anlaß nimmt, alle Register zu ziehen, um der Welt vorzuführen, daß Deutschland seinerseits die Genfer Konvention nicht beachtet.

Einige Beispiele mögen beweisen, wie sehr unsere obereschlesischen Volksleute unter der polnischen Gesetzgebung und den polnischen Verwaltungsmethoden zu leiden haben. Nach dem Genfer Abkommen sollten die bestehenden deutschen Gesetze grundsätzlich weiter beibehalten werden. Aber diese Gesetze sind teilweise durch polnische Gesetze, die man erst schon sagen kann, daß die in den früheren russischen Verordnungen mangelnden, nach laufenden polnischen Gesetze und Verordnungen Verhältnisse auf das hochkulturelle Obereschlesien übertragen haben, die man nur als ruffisch bezeichnen kann. So ist durch das Verfassungsgesetz vom 16. Juni 1922 dem Justizminister sechs Monate lang das Recht gegeben worden, in Obereschlesien das Gerichtsverfassungsgesetz die Bestimmungen über die Amtsgerichtsbezirke das Reichsamt und die gerichtliche Verwaltung zu ändern. Und Verordnungen des Reichsamt sind die Justizminister 14 Gesetze erlassen und u. a. sogenannte Friedensgerichte eingeführt, die nur von „Polenheiten aus dem polnischen Lager besetzt werden, das aus Galizien und Kongresspolen kommt. Man entzog den obereschlesischen Notaren schon 1922 das Notariat, man löste die Kreisräte auf, man besetzte die Handels- und Handelskammern mit landfremden Direktoren und Staatskommissaren, man änderte die Polizeigesetze zum Nachteil der Deutschen, man löste, ohne den schließlichen Satz des Schenkensystems ein, 1922 nur das Stadtrecht einzuführen, am 16. Januar 1923 das Sprachengesetz, monach sämtliche Gesetze an die Behörden nur in polnischer Sprache gehalten werden dürfen. Richter, Notare und Anwälte dürfen nur bis 1926 in der deutschen Sprache amtieren, die deutschen Firmenzeichnungen mußten sechs Monate nach der Abstimmung entfernt sein. Ortschaftsnamen mußten in polnischer Sprache aufgeführt werden, Urkunden in niedrpolnischer Schreibweise hatten Wichtigkeit zur

Jolge. Die Beamten wurden 1926 in der polnischen Sprache geprüft und fielen infolgedessen maßenhaft heraus. Das mehrteilige Abgabensystem Korjantys vor der Abstimmung, daß die Obereschlesier keine Steuern zu zahlen hätten, wenn sie für Polen stimmten, war bald nur ein Traum. Denn 1923 betrug die Steuerstrafe täglich 5 v. H., 1924 monatlich 4 v. H., 1927 monatlich 2 v. H., und seit 1930 jährlich 18 v. H. Der Erwerb von Grundeigentum ist für nicht-oberschlesische Deutsche nur nach Genehmigung des Ministers der Finanzen, für polnische Staatsbürger, der seine Eltern im abgetretenen Teil Obereschlesien beerbt, nicht in den Besitz seines Familienverbes kommen, wenn der Ministerzeit nicht will. Im Jahre 1924 bestimmte man, daß die Einkommensteuern aus Obereschlesien nach Warschau zu überweisen sind. Man brauchte Geld und das konnte nur aus Obereschlesien kommen, weil es in den polnischen Polen kein Geld gab. Auf diese Weise ließ man den kleinen Lande angegebene Beträge in den polnischen Staatskassen geflossen. Das Verfassungsgesetz, wie es eingangs erwähnt ist, war bald verfallen. Man tat aber auch noch ein weiteres; man besetzte die Kommunalbeamten, die noch durchweg Deutsche waren — die Staatsbeamtenstellen waren inzwischen mit Galizianern besetzt — mit einer besonderen Kommunalsteuer von 5 v. H. Man hob 1924 das Recht auf, wonach die Staatsbeamten deutscher Abstammung nur ausübend Obereschlesien werden dürfen. Die Wähler zu den Verfassungssamern, Oberverfassungssamern usw., bestimmt seit 1924 der Wojewode, die Wahlen hierzu sind suspendiert. Die Befreiung der Obereschlesier vom Militärdienst auf die Dauer von acht Jahren fand nur auf dem Papier, denn schon 1923 wurde die allgemeine Wehrpflicht eingeführt. Das Volksgesetz verbot noch heute die Aufstellung von Radiosparten in der Wojewodschaft Schlesien. Hierzu bedarf die Genehmigung der Wojewode, die sie nur 100prozente polnische Art. Das berühmte Volksgesetz fordert von den Einwohnern 400—1600 Joty, wenn sie in Obereschlesien Verwandte besuchen wollen; fantastische Summen, die selten jemand aufbringen kann. Durch das Spiritus-Monopolesch ist der An- und Verkauf von Branntwein und Spiritus ein Monopolesch des Staates; der schlesische Wein ist hierbei völlig ausgeschlossen. Die Konsumsteuer der der Wojewode gebildete schlesische Oberverfassung. Das Stempelsteuergesetz mindert die Steuer für die Schreiber, das die sie aus der Hand geben, eine Stempelsteuer zu entrichten. Wer innerhalb der 30-Kilometer-Grenzzone Grundstücke erwerben will, bedarf hierzu der Genehmigung des Wojewoden. Die einheimische Bevölkerung — denn ganz Obereschlesien ist Grenzgebiet — ist hierdurch entrecht, Ausländer — also Deutsche — dürfen nur mit Genehmigung des Wojewoden Grundstücke erwerben, obwohl dies mit Artikel 43 des Genfer Abkommens im Widerspruch steht.

Das sind einige von den Gesetzen und Maßnahmen, die Polen im Gegensatz zu den Bestimmungen des Genfer Abkommens anwendet, um Obereschlesien zu einer Kolonie zu machen, wie es bei farbigen Kolonialvölkern nicht krasser in Erscheinung treten kann. Zur Albert Korjantys, dessen unheilvolle Tätigkeit zu inführender die Olgrenze Deutschlands nach dem Kriege beeinflusste, hat bereits 1927 gegen die Entroftung des obereschlesischen Volkes, dem er entkam, Stellung genommen. Ich nehme hierzu Bezug auf die Ausführungen Seite 36 ff. in der Broschüre über „Das Finanzwesen der polnischen Minderheit in Deutschland“ Korjantys, dem Polen den Besitz Ostoberschlesien zu verdanken hat, ist am 3. Mai 1931 nicht zu der 10jährigen Feier der Wiederkehr des dritten Aufstandes in Schlesien eingeladen worden. Der polnische Reichspräsident und Direktor Dr. Roman Kutnanski schreibt im „Przegląd“ im Mai 1931 von Ostoberschlesien: „Dieses Land ist ein Problem. ...“ Die Situation befand darin, daß die Partei Korjantys über den Aufstand notwendig war. „Dieser selbst Dr. Kutnanski schrieb aber 1922 in seiner Schrift „An den „Wahrgenossen Polens“ über Korjantys: „... Das ist ein neues moissales großes Verdienst Korjantys, daß er den Mut gehabt hat, die Verantwortung für den Aufstand auf sich zu nehmen. Ohne ihn wäre der bemessene Aufstand entweder nicht zustande gekommen, oder hätte eine andere Weise gegungen. Als der „Hilfskomitee“ Dr. Kutnanski seine Erbeherbume schrieb, war Korjantys noch in hoher Gunst. 1931 fand er in schärfster Opposition zu der Regierung, nicht zuletzt deshalb, weil sie Obereschlesien, dessen Sohn er ist, der elementarsten Rechte entzöhrte.“

Auf deutscher Seite beschränkte man sich in den ersten zehn Jahren nach dem Kriege hauptsächlich auf philologische Erörterungen darüber, die Gebieten in Wien, Heidelberg usw., den Obereschlesien hätten, wenn die Wählerfrage nicht ein Merkmal der Zugehörigkeit zum „Volkstum“ oder dem Willen des einzelnen, einem „Volkstum“ anzugehören, für die Zugehörigkeit zu einer Nation als ausschlaggebend bezeichnet. Man hielt es für wichtig darüber zu schreiben, ob die polnisch sprechenden deutschen Reichsangehörigen „preußische Polen“ oder „polnische Preußen“ wären. Man besch den Ehrgang, den sogenannten „Vertretern der polnischen Minderheiten in Deutschland“ ihren Satz bis heute noch nicht festhalten zu lassen, entgegenzukommen, auch diese Leute in ihren Vorstellungen immer mehr zu befähigen, so daß der sogenannten polnischen Minderheit in Deutschland immer mehr Rechte, auch über die Bestimmungen der Kriegsverträge hinaus, zugebilligt wurden, während umgekehrt in Ostoberschlesien diese Rechte rückföhrlos abgebaut wurden. Eine Außenpolitik, die basierend auf den gegebenen Verträgen, das obereschlesische Volk in dem Glauben befürchtete, daß es einstmals wieder

zu seinem Vaterland zurückkehren würde, gab es nicht. Man hat es entsprechend der traditionell gemordenen Grundsätzlichkeit, am Alten festzuhalten, auch bei der Volkszählung am 6. Juni 1933 verstimmt, die Angehörigen fremder Nationalitäten in den Grenzen des Deutschen Reiches zahlenmäßig zu erfassen, obwohl auch in dieser Zeitschrift auf die Bedeutung dieses Problems wiederholt hingewiesen worden ist.

Die polnische Presse verbindet mit einer gewissen Begeisterung, doch der Vandalenhand Schicksal des Polenbundes, dem tatsächlich bis dahin 1000 Personen als Mitglieder dieser 13 Millionen Seelen zählenden Provinz angehören, dem Generalsekretariat des Völkerbundes auf Grund des Artikels 149 des Genfer Abkommens und dem Präsidenten der Gemischten Kommission in Katowitz, Calonder, eine Besondere Vorgehensweise, in der der „Polenbund“ eine Anweisung der preußischen Verwaltungsmethoden als mit dem Gesetz im Widerspruch stehend hinsichtlich der Oberbeschießen, die in der Tat bei der Volkszählung zu befragen ist, ob sie „hochpolnisch“ oder „oberbeschießspolnisch“ spreche. Doch die oberbeschießliche Bevölkerung das Warthauer oder „Hochpolen“, nicht versteht, sondern die mit der deutschen Sprache stark durchsetzte wasserpolnische oberbeschießliche Mundart spricht, ist der Welt bekannt. Doch aber der sogenannte Polenbund, der lediglich nach den Anordnungen Warthaus handelt, und außer den besagten Oberbeschießen nur zu einem verschwindend kleinen Kreis Oberbeschießen zu seinen Anhängern zählt, sich berechtigt glaubt, Selbstverständlichkeiten als den Gesetzen widerlaufend zu bezeichnen, ist eine Katastrophe, die die maßgebenden Faktoren in Deutschland veranlassen sollte, die tatsächlichen Selbstverletzungen der Polen in der Zeit seit 1922 an den deutschen Oberbeschießen beizugehen hat, der Welt vor Augen zu führen. Die geradezu erschütternden Beweise, die in dem Buch „Oberbeschießen als Polen

Kolonie“ aufgeführt sind, müssten meistens Volkskreisläufe Deutschlands zur Kenntnis gebracht werden. Den polnischen Besahmererführern und den mit der polnischen „Vejshweze“ belasteten internationalen Instanzen müsste entgegengehalten werden, daß bei der französischen Volkszählung am 7. März 1926 in Elßaß-Verträgen nicht nach der Mutterprobe, sondern nach der Umgangsprobe gefragt worden ist, in demselben Frankreich, in dem es einen Entlassungsgesamten gab, als Oberbeschießen-Lingern im Jahre 1910 auch nach der Umgangsprobe fragte. Von den 1,1 Millionen im Jahre 1910 noch als rein deutschsprachig gezählten Personen gibt die französische Statistik rund 900 000 als „dialektisprechende“ Personen an und nur 68 000 als „deutsch-sprechende“. Was den Franzosen für das tatsächlich deutschsprechende Elßaß — denn das Elßaß gehörte vor dem Jahre 1870 kaum 200 Jahre zu Frankreich — tat, ist, kann Deutschland, dem Oberbeschießen im Jahre 1910 auch nach der Umgangsprobe fragte.

Um ferner den völlig unterbeschießenen Besahmerern des von Warthaus beherrschten und wirtschaftlich abhängigen Polenbundes in Deutschland ein Ende zu machen, erscheint es notwendig, möglichst bald eine antilige Gählung darüber zu veranstalten, welche von den in den deutschen Objekten und vor allen Dingen in Oberbeschießen wohnenden Menschen sich zur polnischen Nationalität zurechnen, damit den Präsidentschaften das Besondere gelegt wird und der nationalbeschießliche Besahmerer Oberbeschießen der Nation bekannt, daß er deutsch ist und das „Schicksal des Polenbundes“ nicht befragt. Die internationalen Faktoren sollten auch mit erhöhtem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß unsere seit 12 Jahren die polnische „Vejshweze“ genießenden Stammesbrüder das Recht erhalten müssen zu erklären, daß sie zu ihrer Heimat, zum Deutschen Reich, zurückkehren wollen.

Richard Schattou.

Ostdeutsche Jugend an die Front!

Die es vor allem angeht, sind die Deutschen, die als Knaben oder junge Mädchen in Westpreußen, Polen, Ostoberbeschießen in dem Hiltfischer Wäldchen den November 1918 und den Verlust ihrer Heimat erleben haben und dann bald oder nach Jahren in das Reich gekommen sind. Aktio konnten sie damals, halbe Kinder, nicht in die Geschichte eingreifen. Sie konnten noch nicht einmal recht verstanden die Zusammenhänge zwischen der Novemberernte, der Annahme des Berliner Vertrats und den Ereignissen in ihrer Heimat, dem Abzug der deutschen Truppen und dem raschen Einzug der Polen. Sie, die heute eben erst in Berufs- und Staatsleben tätig wirkend eingepaßt werden, waren damals ganz Objekt. Aber die Verpflichtung zu eigener Tat in kommender Zeit wurde damals auf sie gelegt. Vom Schicksal. Ob es ihnen in seiner Bedeutung bewußt wurde oder nicht, jedem wurde sein Volkstum und sein Vaterland erstes großes und entscheidendes Erlebnis. Das ist heute bei den Deutschen im Ostbeschießen, Polen und Westpreußen die heranwachsende deutsche Jugend liebt, daß deutscher sein bedeutet verlor und bekämpft zu werden, und in dem ihnen durch Aufwand und Heimatraub unaufrichtigen Widerstandswillen gegen den slowenischen Eroberungsdrang schuf. Das bewirkten die Gruppen und Kommissionen der Entente, die als Sachwalter des Unrechts den polnischen Eindringling schützten und das Zusammenstoßereignisgefühl der jungen Deutschen ungewollt weckte. In dieser Zeit, in der das Deutsche Reich wertvollste Teile seiner Ostprovinzen verlor, ergriff die Seele der jungen Deutschen Weisheit von ihrer Heimat. Sie fühlten die Befreiung ihrer Heimat als Angriff auf ihr Innerstes, der sie beleidigte und sie damals verweigern ließ, weil sie zu jung waren, um dagegen angehen zu können.

Jetzt ist die Zeit gekommen, das Erlebnis der Tankriegszeit tat werden zu lassen. Die Ostdeutsche Jugend an die Front! Das Verlaß der Heimat. Unstätigkeit aber in der Zeit, in der die Schuldigen nicht mehr an der Regierung sind, macht sie nachträglich noch zum Verräter. Wer aus dem Osten kommt, darf nicht mehr frei über sich verfügen. Er ist gebunden an sein Land, gebunden an dessen Schicksal und verantwortlich dafür. Schuld

läßt auf sich, wer von uns Jungen nicht ruft, sondern die Arbeit mitbringt. Auf die Tat kommt es an. Als Schwächling ist gebrauchbar, nur in mentalen Klagen der verlorenen Heimat nachjammern, immer wieder mit bewegten Worten seine Liebe zu ihr beteuert, aber sich nicht in den Dienst der Osttat stellt. Es gilt keine Entschuldigung. Die Zeiten sind vorbei, in denen wir voller Zeit in den Polen, blickten, weil er dem Deutschen in der Stärke des Nationalismus vorans war. Befragten dürfen wir auch damals nicht. Die Zeiten sind vorüber, in denen die Nachfolger der Erbherrger und Schahenämner aus an den Westen verkuppeln wollten. Niemand hat mehr einen Vorwand, um Passivität zu entschuldigen. Der Osten fordert seine Menschen für sich ganz. Adolf Hitler hat das Reich geeint, das Volk zusammengemeinert und den Blick der Deutschen nach dem Osten gewendet. Jetzt beginnt die bedeutendste Aufgabe der Ostdeutschen und besonders der ostdeutschen Jugend. Der junge Ostdeutsche muß seine Heimatverliehen hinaussetzen ins Reich, er muß die Volksgemeinschaft, die noch keine innere Verbindung zum Osten haben, den Osten hinein lehren, er muß ihnen das nachweisliche Bild der ostdeutschen Grenze so einbäumen, daß sie das brennende Schicksalgefühl über das erlittene Unrecht im Osten nicht mehr losläßt. Die jungen Ostdeutschen müssen Vorkämpfer sein, sie müssen mit leidenschaftlichem Sentimentismus in allen Deutschen im vollsten Bewußtsein das Zusammenstoßereignisgefühl mit dem Ostdeutschen bringen, sie müssen jeden Deutschen packen und ihn erfassen lehren, daß sein eigen Blut im Osten wirkt, das Blut aller deutschen Stämme, die hinausgezogen sind in den Osten. Reiner von den Jungen darf fehlen. Jeder muß mitfahren und nicht nur nebenher, sondern unter Einsatz des ganzen Menschen, er muß kämpfen, weil er durch Geburt im Osten bzw. bestimmt ist, er muß kämpfen, weil er nicht zum Mitfahren am Saum der Ostprovinzen mehr darf, er muß kämpfen, weil er den anderen Deutschen vorleben und die innere Verwirklichung bei den anderen schaffen muß, sich mit vollstem Ja für die Verwirklichung der deutschen Ostziele einzusetzen.

Dr. Zill.

Aus dem östlichen Rechtsstaat.

Der „Allgemeine Bekannde“ in Deutchen veröffentlicht den Bericht eines deutschen Staatsangehörigen, der beim Verweilen in Ostoberbeschießen unwillkürlich den Hiltfischer Weg gebrauchte und deshalb zu vierzig (4) Tagen Gefängnis verurteilt wurde.

In diesem Bericht des dem Königsbutter Gefängnis wieder entkommenen Verurteilten heißt es, daß er sich erst nach vier Tagen durch einen Hungerstreik eine Freilassung erhielt. Als er sich beim Kommandanten über die Behandlung beklagte, erklärte dieser, er müsse sich an die Vorschriften halten. Die Verurteilten mußten auf den blanken Dienen schlafen. Durch das zehnjährige Gefängnis war aber an Schlafen überhaupt nicht zu denken. Vier zehn bis fünfzehn Pfennige konnte man von der Gefängnisleitung für die Nacht eine Decke bekommen. Die Abend- oder Schlußstunde für die Morgenmahlzeit wurde 25 Minuten ein Vorhaben in Lehnstuhlgelegenheit zum Abrocken geteilt, so daß der größte Teil der Gefängnisinsassen sich lieber mit dem eigenen Hemd begnügte. Das Essen bestand nur aus Graupen. Morgens gab es 80 Gramm Brot und einen Kopf ungewaschenen Kaffees. Das zur Verfügung gestellte Trinkwasser mußte sofort getrunken werden, sonst wurde es als Ungeheuer. Auf die Besahmerer, die in seiner Zeit wußte sein, erklärte der Gefängnis-

kommandant höflich, solange sie nicht wie Ameisen auf dem Erdboden herumlaufen, sei es noch unzulässig. So werden in diesem Kulturstaat Menschen behandelt, die nichts anderes verdienen haben, als einmal den deutschen Straf zu gebrauchen.

An der Rattomiger Halde fand ein Sommerfest des Deutschen Katholischen Männervereins aus Rattomitz statt. Die 250 Teilnehmer unterhielten sich gerade aufs Beste, als sich plötzlich einige Auffälligkeiten unter die Gesellschaft mischten, die vorher in Restaurant schon etwas getrunken hatten. Sie verlangten nach den Gästen, die Gesellschaft innerhalb von fünf bis zehn Minuten zu räumen. Dabei fielen Drohungen. Um Menschenfälle zu vermeiden, gingen die Teilnehmer des Festes auseinander.

Kürzlich wurde gegen 1 Uhr nachts auf die Wohnung des deutschen Gemeindevorsetzers Komalki in Jmiesin ein Überfall durch Auffällige verübt. Die Auffälligen schlugen die Fensterhaken ein, wobei auch die Rahmen zertrümmert wurden. Sogar einige Schiffe fielen. Zu bemerken ist, daß Komalki in den letzten drei Jahren bereits sechsmal überfallen wurde.

Der polnische Aufstand in Posen.

12. Fortsetzung. Von Hermann Pilschke.

Es ist kein Zufall, daß rund ein Jahrzehnt vor dem Weltkrieg in die polnischen Verbände ein auffälliges nationales Leben kam. 1905 war in Rußland eine Revolution eingetreten. Auf polnischer Seite hoffte man stark auf eine Aufzählung der kongreßpolitischen Frage. Pilschke hatte in seinem autobiographischen Buch gegen das Verbot eines Schwereverbrechens über die polnische Bewegung und Mißbilligung aufgezogen und mehrere bemerksame Vorleser gegen Rußland vorgelesen. Der Balkankrieg drohte. Die Einkreisung Deutschlands wurde immer fester und enger. Die Vorzeichen des Weltkrieges hoben sich immer deutlicher hervor. Da wurden die Polen reges. Das steigende nationale Leben deutete an, mit welchem Interesse sie die politischen Ereignisse verfolgten, wie sie die Feinde der Welt deuteten und welche Hoffnungen sie auf die steigenden politischen Gegensätze in Europa aufbauten.

Nicht der A.- und S.-Rat in Polen, wohl aber die deutschen Kreise der Bürgerwehr luden dem polnischen Eindruck auszuliegen, den das Fehlen der Deutschen in der Bürgerwehr hervorgerufen hatte. Auch hier zeigt sich wiederum, daß der A.- und S.-Rat entweder der örtlichen Verhältnisse völlig unkundig oder so in der Hand der Polen war, daß er die deutschen Belange nicht genügend vertreten konnte, oder es gar nicht wollte. Aus deutschen Beamtungskreisen stammte die Anregung, durch eine möglichst zahlreiche Beteiligung an der Bürgerwehr die polnische Gefahr zu beseitigen. Der Gedanke fand starke Unterstützung. Es wurden ganz im Stillen Vertrauensmänner eingesetzt, die von Behörden zu Behörden, von Schule zu Schule, in die Kontore und Werkstätten gingen und für die Beteiligung bei zuverlässigen Männern werben zu versuchen, und sich für ein wenig Mühe unbenutzt. Die Bürgerwehr rekrutierte sich durch die Anwerbung von aus dem Polen mit Unterstützung des A.- und S.-Rates eine Reihe von Jüden geschaffen, die die Freiwilligen in die Listen aufnahmen und weitergaben. Sie ging mit einer Reihe meiner Kollegen in die Meldebehörde im Friedriksmuseum. Wir mußten unseren Namen, unsere Wohnung und militärische Ausbildung angeben. Das wurde überhaupt in der Liste vermerkt. Darauf erhielten wir den Befehl, die Bürgerwehr zum Dienst abzurufen. Wir wußten damals noch nicht, daß sowohl die Meldeämter als auch das Büro der Bürgerwehr unter dem Schutz der A.- und S.-Räte vollkommen in polnischen Händen war. Personen mit deutschen Namen wurden nicht einberufen. Dagegen wurden die Polen zur Bürgerwehr herangezogen, organisiert, eingekleidet und bewaffnet. Dabei konnte nicht vernachlässigt werden, daß ein Teil der Polen auch aus den Reihen der polnischen eingetragenen Kameraden in der polnischen Bürgerwehr herangezogen wurden. Sie kamen nieder und berichteten, daß eine weitere Teilnahme für sie an dem Schutz- und Wachtdienst völlig unmöglich wäre, sobald ihr Deutschtum erkannt worden war, wären sie mit einer solchen Feindschaft behandelt worden, daß sie die Waffe zum Schutz ihres Lebens dringend notwendig hätten. Auf Posen in der Nacht wurde eine einzige Sondereinheit, die ganze Besatzungskraft darauf zu ruhen, eine möglichst große Anzahl dieser feindlichen Kameraden abzubrennen. So wußte im großen Ganzen dieser Versuch fruchtlos. Auf die Klagen der deutschen Bürgerwehr bei dem A.- und S.-Rat billigte man der deutschen Bürgerwehr dann einen eigenen Wachtposten außerhalb der Stadt in dem Vororte Solach zu. Hier waren sie unter sich, von der Stadt abgetrennt und möglichst unschädlich.

Die Bildung der Bürgerwehr in dieser Weise hatte für die Zukunft Posen die allerersten Schritte zum Kern und Fortschritt. Haupt die beständigen Plätze fanden von nun an der Bürgerwehr offen. Die war ursprünglich nur zur als Schutz für die Stadt gedacht. Je mehr aber die deutschen Meldekorps und Rekruten fluchtartig die Kolonnen und die Stadt verließen, desto mehr schaltete sich die Bürgerwehr in die Bewachung und Befehung der militärischen Bewachungen ein und bekam sie schließlich völlig in ihre Hand. Ebenfalls aber der Zugang zu den Kasernen und die Befestigung militärischen Material offen. Sie hat das reichlich ausgenutzt. Dazu kamen die Polen auf dem Bahnhof eine Wache einzurichten, die den heimkehrenden Soldaten ihre Waffen und ihre Ausrüstung abnahm und die Soldaten dann an die Kommandanten, muß wissen: an den A.- und S.-Rat, was, wo sie ihren Entlassungsgeldern erhielten. Die abgenommenen Waffen aber verpackten in die Versteckungskammern der polnischen Organisation.

Von Seiten der Bürgerwehr wurde ebenso der Versuch unternommen, mit dem Militär in Verbindung zu kommen. Geschickte Späher, die in den Kasernen auf Versteck wußten, wurden ausgesandt, mit den leitenden Stellen der Truppenkörper Sühnung zu nehmen und den Bedarf an zuverlässigen Mannschaften auszukundschaffen. Ihre Berichte waren geradezu niederhaltend. Die Offiziere waren von der Revolution hinweggesetzt worden. Die Mannschaften vom anderen Gesicht aber in der ersten polnischen Militärs in Militärkleidung sahen in den Kasernen und hoben die Soldaten ab. In der Kolonne der 46er befand sich eine Zahl von rund 60 Soldaten, die zum größten Teil als Betreuer der polnischen Bevölkerung bezeichnet wurden, die hauptsächlich auf Hilfe empfangend der polnischen Organisation sich in den Kasernen hielten, verpackt durch eine Reihe von Elementen, die keine Liebe hatten. Die Infanterieregimenter und Reserveen waren noch nicht auf dem Seimwege.

So glitt die Herrschaft des Deutschen Reiches unbenutzt in die Hände der Polen über. Diese arbeiteten im Stillen und mit Geduld Tag für Tag vorwärts. Sie konnten es, denn sie haben, daß ihre Machtstellung sich von Tag zu Tag mehrte. Dabei wußten sie die Rollen für die Ausrüstung ihrer Werkkraft den öffentlichen Stellen aufzuliegen. So wählten sie der polnischen Bürgerwehr für ihren Dienst an der Allgemeinheit täglich 6 M. Wohnung aus der Stadtkasse. Dazu erzielte die Mannschaft noch als ein Pfandgeld für ihre polnische Verpflegung von 2 M. täglich von der polnischen Kameraden. Auch wurde die Unterhaltung der Bürgerwehr unter den deutschen Bürgern gesammelt und Beiträge erhoben. Ebenso erobert der Magistrat eine Umlage.

Diese Taten wurden von Respekt bei aller Zurückhaltung im großen und ganzen bestrahlt. Er schreibt mündlich: „Am A.- und S.-Rat genannten die Polen bald Einfluß und das Übergewicht in dem Grade, daß alle Beschlüsse des Vorleser für uns und für unsere geheimen Ämter aufzusuchen schon nicht möglich war.“ (11. November) erlangte Julian Vangas die A.- und S.-Rat eine Verfassung, auf Grund deren in der Stadt eine Bürgerwehr gebildet werden durfte, bestehend aus Angehörigen der drei Nationalitäten. In das Kommando dieser Bürgerwehr traten ein: Vango als absoluter Kommandant, Respecki und Kuboff; ferner zwei Deutsche: Jarecki und König und zwei Juden: Werner und Weiblich. Es wurde obeng. Vertreter zu mir ernannt, und der Kommandant Vango wurde zum ersten Vorsitzenden ernannt. Da mir die Fremden nicht zu Einfluß gelangen lassen wollten, machten mir uns energisch aus Werk, indem mir unsere Berufspforten ausliefen. Zum Organisator und Vorsitzenden im Kommando der polnischen Bürgerwehr wurde einmüßig Karl Respecki gewählt. Tag für Tag, seit dem ganzen November hinüber, worden mir in einem Saale in der Breslauer Straße Mitglieder für die Wehr und teilten sie nach den Stadteilen in drei Kommandos ein. Denn, ganz, durch Gewandtheit und Energie den Deutschen und Jüden vorzukommen.... Wir richteten sieben Wachen ein: Olonow, Wallisch, Alter Markt, Schloß, Jerich, Vaguz und Wilda, und den Deutschen überließen wir lediglich Solach. Bis zu 300 Mann standen täglich auf Posten und Stadtpatrouillen, bis Ende Dezember. Die Mitglieder waren in städtischen Sälen und Kassenhallen verteilt. Am A.- und S.-Rat arbeiteten wir sehr fleißig und sehr erfolgreich. Die durch den Krieg geführte und verringerte deutsche Polizei vermochte den Dienst nicht gehörig auszuführen. Die Appells der Bürgerwehr pigten folgende Siffern: am 12. November 1918: 580 Polen, 160 Deutsche, 36 Juden (Kommunisten); am 16. November 1918: 760 Polen, 180 Deutsche, 12 Juden (Kommunisten); am 17. November 1918: 1050 Polen, 200 Deutsche, 12 Juden (Kommunisten); am 18. November 1918: 1370 Mann, 100 Deutsche und 12 Juden.

Am 18. November erlangten mit dem A.- und S.-Rat 500 Gewehre, 10.000 Schlosse, 300 Mäntel, Stiefel, Schußw., moonen mir den Deutschen in Solach 50 Gewehre überließen. Untendant des Kommandos war Kamerad Poljnycki, der alles daran setzte, um unsere Vorräte zu mehren. Wir zahlten den Leuten täglich 5-6 M., die der Magistrat hergab. Aus eigenen Mitteln zahlten wir täglich 3 M. hinaus. In die Kommission für militärische Angelegenheiten wurde ein Komitee ernannt für die Stadt Posen wählten mir sechs Mitglieder: Vango, Respecki, Kulczynski, Ciele, Walski und Korjemenki.

Uns und den sechs Militärs sah der Vorsitzende des Volksrats, Dr. Gieslow Weißner, vor. Schon am 19. November forberten mir eine polnische Polizei. Wir schickten Dr. Gieslow Weißner, K. Respecki, W. Weiblich, ein Verzeichnis von Versteckungskammern zu, aber die Sache ging förmig gegen uns. Am 20. November schickte uns in Kommando kopierte Kommando Einspecki eine Reorganisation und Zentralisierung vor, die er später auch mit einem großen Aufwande an Arbeit und eigenem Gut vorzüglich durchführte.

Unterdessen garte es in der Stadt immer mehr. Alarme, Gefährliche, Diebstähle und freie Raubverfälle, Fortführung von Kriegsmaterial (Kammern, Munition, Waffen), von Akten verschiedener Behörden, Bankgebäude (Weißbank: 2 Mil. Geld, 6 Mil. Schatzscheine, 70 Mil. Posterscheine) alarmierten die Bürgerwehr unablässig. Es wurde aber leider nur ein Teil von der Wegführung geteilt, da ausdrückliche Anordnungen die Deutschen nicht erlagen, den Bedarf aufzubieten. Die Deutschen beschafften sich und verhandeln dabei fast über Kopf Waffen und Munition zu Selbstbesitzern, Anführern und Beamten, damit der Feindeshaß nach seinem Eintreffen in ihnen wirksame Unterstützung finde.

Am 27. November hielt das Oberkommando mit dem Rechtsanwalt Maciejewski eine Beratung ab zwecks Organisierung einer Volks- (nicht Bürger-) Wehr im ganzen Gebiet, wenigstens aber im Posenischen. In dieser Beratung nahmen teil: Vango, Kuboff, Korjemenki und Sulz. In dem uns von Herrn Strenicki übermittelten Protokoll zur Verfügung gestellten waren die Beschlüsse, am 28. November für Dezember 1900 M. Er wurde vom Volksrat der Stadt Posen auf 10.000 M. erhöht, eine Summe, die mit dem Gang der Ereignisse für die wöchentlichen Auszahlungen hiezerte. Am 30. November beschloßen wir, in unseren Wachtposten Sanitätsstationen einzurichten, womit sich Kamerad Worski beschloß. Das Sühnmaßstab unserer militärischen, tatsächliche aber polnischen arbeiten mit dem Scheinbar partizipieren, tatsächliche aber polnischen

Der Bund Deutscher Osten an der Arbeit.

Offenpreußenfahrt des Bundesführers.

Im Rahmen der großen Aufgabe des Bundes Deutscher Osten, Gesamtdeutschland unter Osten nahebringen, übernahm der Bundesführer Dr. Dütke als Protokollator über eine Ostland-Expedition in die Ostpreußen und die baltischen Provinzen die Aufgabe bei Einladung der Landesgruppe Rheinland-Westfalen des Bundes Deutscher Osten auf ihrer Fahrt. Sie ging ursprünglich zum Hauptverband der heimattreuen Ost- und Westpreußen, der inzwischen in den Bund Deutscher Osten übergegangen ist. An der Fahrt nahmen etwa 25 Vertreter führender rheinischer und westfälischer Zeitungen aus Essen, Köln, Krefeld, Bielefeld, Bonn, Koblenz, Münster, Dortmund, Düsseldorf, Gelsenkirchen und Dortmund, Berlin teil. Nach der Fahrt durch den Weichselkorridor wurden die Dreiforträter in Marienburg auf ostpreußenhohem Boden von dem Bundesführer des Bundes Deutscher Osten, Dr. Oberländer, Königsberg, willkommen geheißen. Am Abtunmungsdenkmal gedachte Dr. Oberländer des glänzenden Abtunmungsfestes in Westpreußen und Masuren im Jahre 1918 und legte die politischen imperialistischen Absichten der Ostpreußen dar. Er bekannte: „Wir geloben an diesem Denkmal, daß wir uns mit allen Kräften dafür einsetzen werden, nicht nur, daß dieses Land deutsch bleibt, sondern daß auch das Land jenseits der Weichsel und Rogot, das man uns geraubt hat, einst wieder deutsch sein muß und deutsch sein wird.“ In Marienburg erleben die westdeutschen Dreiforträter bei einem Empfang bei dem Regierungspräsidenten Hübding an der Hand der Karten und des Aufhanges von seinen Erinnerungen, die Unklammerung durch die übermachtet fremde Mächte. Die alte Karte aus dem 16. Jahrhundert, die nur deutsche Ortsnamen kennt, zeigt besonders sichtlich den historischen deutschen Charakter des Weichsellandes. Sie gehört zu jenen jahren Urkunden, die, mögen es Grundbücher, Schöffenbücher oder Urkunden aus dem Justizleben der Weichselufer sein, unentwegt unsere geistlich-kulturellen Ansprüche auf das Land an der Weichsel beweisen. Auf einer Fahrt an die Weichselgrenze wurde den westdeutschen Dreiforträter ein Weichseln der Verfallener Grenzregelung zum Bewußtsein gebracht. Sie sahen den durch die Grenze in mehrere Stücke zerfallenen Reich, der die Marienwälder Klüftung nur überbrückungsmäßig schließt, sie erlebten das Schicksal der fünf Weichselbüdler, die von ihrem deutschen Hinterland bei der Grenze abgetrennt und von dem neuen Polen durch die Weichsel getrennt und von seiner Herrschaft, ja selbst dem freien Zugang Ostpreußens zur Weichsel bei Kauen, aus dem Gefaßt des Grenzschiffbaues, der die Provinz von ihrem Strom trennt. In Wischnowder wieder die Unmöglichkeit der Grenze, die die Stadt von drei Seiten unklammert, mitten durch ihre Straßen geht, ihr den Wohnort raubt und sie zum wirtschaftlichen Elend verurteilt. Dann Allenstein, Königsberg, Nationaldenkmal. Durch diese Dreiforträter gewonnen der Osten. Denn jeder, der mit eigenen Augen den Korridorbau auf der Fahrt durch den Korridor erlebt, den Vernichtungswillen unserer Gegner durch Aufenthalt an der Weichselgrenze selbst spürt, der auf der Fahrt durch Ostpreußen nach seiner Hauptstadt Königsberg den Auswirkungen des Verfallener Viklets auf Schritt und Tritt begegnet, wird fortan kämpfen für den Osten. Die westdeutschen Dreiforträter hatten zudem durch die gemeinsame Fahrt mit ihrem Dreiforträter, Dr. Dütke, Gelegenheit, aus erster Quelle über die Aufgaben und den Aufbau des Bundes Deutscher Osten eingehend unterrichtet zu werden.

Die Offenpreußenfahrt des Bundesführers hatte ihren Höhepunkt in einer maßvollen Rundgebung in Königsberg. Anlaß bildete die Gründung der Ortsgruppe Königsberg des Bundes Deutscher Osten am 14. Juli. Anlaß für die werdende Stadt der nationalen Bewegung im Bund Deutscher Osten Gestalt genommen ist, vor die Aufgabe, daß die neue Wula der Unierität die Teilnehmer der Rundgebung kaum folgen konnte. Dieses erste begeisterte Bekannnis der Königsberger Bevölkerung zum Bund Deutscher Osten und seinem Zweck begründet die Hoffnung, daß der Bund in der Hauptstadt Ostpreußens bald alle aktiven Kräfte für seine besonderen Aufgaben in sich vereinigen wird. In seinen einleitenden Worten betonte der Bundesführer Offenpreußen des Bundes Deutscher Osten, Dr. Oberländer, daß nunmehr die eigentliche Bundesarbeit beginne, nachdem die organisatorische Zusammenfassung aller an der Offarbeit interessierten Verbände und Vereine durchgeführt sei. Dann führte der Bundesführer Dr. Dütke in einer bedeutungsvollen, mit großem Interesse aufgenommenen Rede etwa folgendes aus:

„Der Osten, der bisher das Stiefkind des Reiches war, rückt jetzt mehr und mehr in den Vordergrund des deutschen Lebens. Die deutsche Zukunft hat da zwei vorbedingliche Aufgaben zu erfüllen, die beide, das das Leben eine totalität ist, in innerem Zusammenhang stehen und Arbeit für Generationen bedeuten. Die erste ist die Erringung eines nördlichen deutschen Sozialismus, eines Sozialismus deutscher Art, nordischer Herkunft, germanischer Drängung. Nehmen wir dem Wort seinen fremdartigen Klang, so heißt es nichts anderes als Gemeinheitsgefühl, Gemeinheitsgefühl, Gemeinheitsgefühl. Gemeinheitsgefühl bedeutet, daß man sich nicht nur mit dem eigenen Volk, sondern mit dem gesamten deutschen Volk verbindet, nicht nur mit dem nächsten Sozialismus die Geschichte zu durchdringen, ist unsere Aufgabe.“

Dieser Gemeinheitsgefühl ist unserm deutschen Volk ebensojünglich fremd wie sein Nationalismus, sein Bekenntnis zum Volkstum. Seit

Beginn unserer Geschichte unterscheiden wir uns von den anderen Völkern merklich durch unsere Einstellung zu diesen beiden Begriffen, zu Sozialismus und Nationalismus, zu Gemeinheitsgefühl und Bekenntnis zum Volkstum. Erst durch beides konnten unser Volkstum das werden, was es jetzt ist.

In innerem Zusammenhang hiermit steht die zweite Aufgabe unserer Zeit: Die Behauptung des Ostlandes, die Wendung des deutschen Weltbildes zum Osten hin, denn unser Schicksal wird sich in Zukunft im Ostraum erfüllen.

Als wir tausend Jahre das Slaventum weit über die Weichsel bis zur Elbe und Saale vorgelassen war, konnten wir diesen verlorenen Ostraum nur wiedergewinnen durch das Behalten an diesen beiden Begriffen. Der Ostraum ist eben eine Schöpfung des Sozialismus und des Nationalismus, des Nationalsozialismus.

Es wäre nicht zurückgewonnen worden, wenn diese Menschen nicht getragen worden wären von dem bedingungslosen Glauben an ihre Sendung. Immer wieder wurden ihre Bürger niedergebeugt; oft mußten Führer und Gefolgschaft ihre Verdienste in den feindlichen Osten mit ihrem Blut bezahlen. Sie konnten sich in diesem Raum überhaupt nur halten durch das Gemeinheitsgefühl und durch das absolute Ja, das sie zu ihrem Volkstum fanden.

Die Mönchsorden und der Ritterorden sind leuchtende Beispiele hierfür. Wenn sie ihre Burgen oder Dome bauten, wenn sie ihre Vorposten absteckten oder ihre Stabtanlagen durchführten, immer befaßte sie das Gemeinheitsgefühl. Aus Nationalismus und Sozialismus, die Ostmark gebildet, ging eine dieser Begriffe verloren, wurde das Werk der Wiedergewinnung der Ostmark zerstört.

Bei die Herren in Thorn und die Elbesherrn ihren Eigenmut zum Gemeinut voranstellten, verlor der Orden 1410 die Schlacht bei Cannenberg. Das war kein Nationalismus mehr, als man Bündnisse mit Polen abschloß.

Die reichsgeworbenen Oberherren von Thorn und Danzig begannen damit Volks- und Landesverrat, und ihr Verhalten rächte sich über dieses Volkstum hinweg. Die zweite Schöpfung des Ritterordes und des Treuhaftes Danzig war nur dadurch möglich.

Als leuchtendes Beispiel der Treue, die uns auch heute wieder groß gemacht hat, steht jene Erklärung der Ratsherren von Marienburg, die sie vor 500 Jahren abgaben, als sie dem Orden die Gefolgschaft verjagen wollten: „Solange es noch einen einzigen Ordensritter in Preußen gibt, soll er unser Herr sein, und keinem anderen wollen wir sein Ja zu sagen.“

Auf dem Nationalsozialistischen Staat des Großen Kurfürsten folgt dann später der Selbstentzug und der Nationalsozialist Friedrich der Große. Der Liberalismus des 19. Jahrhunderts mit seiner Treibheit des Geldes und der Vergewöhnung des Jahrs verbindet die Kolonisation vollständig. Das deutsche Volk besaß nicht mehr die Kraft zum Kolonisieren.

In Polen wuchs das Polentum trotz der staatlichen Anliebungskommission. Überdies trugen die Ausmaße des Liberalismus und selbstgebildeten Autoritätsprinzip dazu bei, daß der Ausgang des vorigen Jahrhunderts die Rinder der deutschen katholischen Kolonisten in polnische Schulen geschickt wurden und damit einseitig gegen ihren Willen aus dem deutschen Volkstum ausgehoben wurden.

Das ermöglichte erst den Raub des Korridors; das zeigte aber auch, daß man kein echter Nationalist mehr war, sondern Imperialist. Wir aber wollen Menschen eines Volkes sein und nicht Menschen der übersee. Wir wollen hier unser Volkstum der höchsten Vollendung entgegenführen.

Als am 1. Dezember 1918 die ersten Schüsse in Polen fielen, als man uns dann Polen nahm, da erwußte das deutsche Nationalgefühl wieder, und alles, was national empfand, das främte damals zum Osten, um ihn zu verteidigen. Der Staat von Weimar aber und seine Neoliberalregierung, die keinen ostdeutschen Menschen an ihrer Spitze hatte, fiel den Straßkämpfern in den Rücken und fabrizierte die Verteilung der Ostpreußen. So konnte der Raub der Ostgebiete nicht verhindert werden, und Berlin selbst, die Reichshauptstadt, wurde Grenzgebiet.

Aber immer mehr breitete sich die Osthemung aus und wies darauf hin, daß der Osten unser Lebenstum sei. Adolf Hitler erkannte damals lehrerlich, daß das neue Reich nur nationalsozialistisch gestaltet werden könnte und sein Antlitz nach dem Osten gerichtet sein müsse. Als der Nationalsozialismus nach dem Norden und Osten kam, ergriß er diese Menschen mit ganzer Kraft, denn er war ihnen ja nicht fremd.

Ein Hitler, der ein Sohn der ältesten deutschen Ostmark ist, lebt der Grenzgerichte, der Grenzlangheit, der das deutsche Volk immer wieder emporgeworfen hat. So wurden die deutsche Osthemung und der Nationalsozialismus Kampfgährten und mühten nach dem 30. Januar 1933 ineinander ein.

Hier war die Stunde gekommen, um den Bund Deutscher Osten zu gründen. Dieser Bund ist kein Bund der 33 Provinzen, sondern ein Bund, der sich in seiner großen Erbschaft an die Väter und Brüder heranzugibt. Gerade die Nationalisten sind erkennen wir das Nationalgefühl anderer Völker an, ebensojünglich lassen wir uns unsere Art und unser Volkstum diffamieren.

Der Nationalsozialismus rechnet nicht in Grenzen, sondern in Räumen; ja, auch nicht einmal das; das Wesentliche ist ihm das

deutsche Menschentum, das national und sozialistisch ist. Der Nationalsozialismus will, daß das deutsche Volkstum erst wieder geboren wird. Von allen Schicksal bedrückt, als krisenreichster Kern dieses neuen Menschentum zu verwickeln, ist in erster Linie die junge Generation berufen.

Ostpreußen, das nicht erst in den letzten vierzehn Jahren vernachlässigt und verelendet ist, bedarf zu seiner Rettung und Erlösung ganz besonderer Maßnahmen.

Wolff Fittler und Erich Koch haben auch hier an den Anfang die Tat gestellt.

Was es aber auch sei, in all diesen Dingen will der Bund Deutscher Osten mitwirken und als mehrte Volksgemeinschaft in na-

tionalsozialistischem Geiste diesem schönen Lande und unserer Idee dienen.

Ich rufe daher alle auf, mitzuarbeiten. Es geht nicht an, daß sich die deutsche Wissenschaft um weltferne Dinge kümmert und darüber das eigene Volk ganz und gar vergißt. Die Arbeit des Bundes Deutscher Osten wird dafür sorgen, daß die deutsche Wissenschaft ihre Volkstrennung verliert. Meine Professoren, lassen Sie das deutsche Volkstum nicht als etwas Mythisches auf, an dem man sich gelegentlich einmal freut, sondern lieben Sie es mitten ins Leben hinein! Wenn so alle tätig mitwirken, werden mit die Arbeit unserer Kampfer, Jahre an seiner Stelle, am meisten fördern. Stellen wir uns ihm als seine getreuen Gefolgsmänner zur Verfügung, und werden wir das deutsche Antlitz nach dem Ofen."

Mitteilungen des Bundes Deutscher Osten.

Verleihung des Ostpreußenkreuzes an den Bundesführer.

Das für Verdienste um Ostpreußen und Danzig gestiftete Ostpreußenkreuz wurde unserem Bundesführer Dr. E. Dückte verliehen und bei einer feierlichen Kundgebung am Cannenbergsdenkmal von dem Führer der Arbeitsgemeinschaft ostpreußischer Regimentsvereine, Dr. Kollmeit, überreicht.

Dieselbe Auszeichnung erhielt auch Herr U. Boenkke, Hagen i. Welf., der bisherige Vorsitzende des Hauptverbandes Rheinland-Westfalen der heimattreuen Ost- und Westpreußen, der inzwischen im Bund Deutscher Osten aufgegangen ist.

*

Der Heimatbund Ostpreußen hat am 10. Juli nach über 14 Jahren seines Bestehens die Auflösung beschlossen. Damit hat dieser Bund der nach Bereinstellung in der gesamten Ostarbeit strebenden Entwicklung Rechnung getragen.

*

Veranstaltungskalender.

Ostgruppe Berlin-Mord: Am 24. Juli 1933, abends 8 Uhr, außerordentliche Hauptversammlung im Restaurant Pfisterberg, Schönhauser Allee 176 (am Senefelderplatz).

Personalveränderungen usw. . .

Der preussische Ministerpräsident und Innenminister Göring hat dem Oberpräsidenten Kube die kommissarische Wahrnehmung der Geschäfte des Oberpräsidenten der Provinz Posen-Westpreußen neben seinen sonstigen Dienststellen übertragen. Die königliche Vertretung in den Geschäften als kommissarischer Oberpräsident der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen führt der Regierungspräsident in Schneidemühl bzw. der Regierungspräsident in Schneidemühl. Damit ist die Personalunion der Provinzen Brandenburg und Grenzmark Posen-Westpreußen aufgelöst worden.

Weiterhin ist dem Finanzverwaltungsreferent Dr. Wresing-Hannover die kommissarische Wahrnehmung der Geschäfte des Regierungspräsidenten in Schneidemühl und gleichzeitig auch die ständige Vertretung des Oberpräsidenten der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen übertragen worden.

Wie der Amtliche Preussische Preßdienst mitteilt, hat der preussische Minister für Wirtschaft und Arbeit den Oberbürgermeister Winkacker beauftragt, die von Oberpräsident Brückner bei seiner Anwesenheit in Braunsberg angefertigten Verbände der oberpreussischen Wirtschaft zu prüfen und zu ordnen.

Der preussische Ministerpräsident Göring hat in einem Telegramm dem Oberpräsidenten von Schlesien und Gauleiter Selmaus Brückner zum preussischen Staatsrat ernannt. Der Ministerpräsident beglückwünscht darin den Oberpräsidenten zu der von ihm im neuen Staatsrat zu erfüllenden hohen Aufgabe für Volk und Land.

Nach dem neuen Gesetz über den Provinzialrat und seiner Anlage sind für die Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen fünf Provinzialräte auszuwählen, und zwar drei nach Gruppe 1, d. h. Kreisleiter der NSDAP, sowie höchster Führer der SA, und SS, und zwei nach Gruppe 2, das sind diejenigen Männer, die sich um Volk und Staat innerhalb der Provinz verdient gemacht haben.

Der bisher kommissarische mit der Verwaltung der Stelle des Regierungspräsidenten in Frankfurt a. d. O. beauftragte Landrat Dr. Eichler ist nunmehr zum Regierungspräsidenten ernannt worden.

Als Regierungspräsident ist der bisherige Vizepräsident bei der Regierung in Ansbach, Hoffmann von Sandes, nach Frankfurt a. d. O. versetzt worden.

Der bisherige Landrat Egidi aus Rügitz (Kreis Ostpreußen) ist mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Vizepräsidenten am Schneidemühler Oberpräsidium beauftragt worden. Er hat sein Amt bereits angetreten. Vizepräsident Egidi wurde am 28. Februar 1937 Regierungsassessor und ist seit dem 17. März 1931 Landrat.

Haus „Kurmärk“.

Stufe 4.	libertrot: 668,20 RM.
Ortsgruppe Berlin-West	35,- "
Ortsgruppe Drossen	30,- "
Amt für Auslands- und Grenzlandfragen der Deutschen Völkervereinigung, Berlin-Dankwitz	30,- "
Ortsgruppe Danzig	25,- "
Ortsgruppe Rößel	20,- "
Ortsgruppe Köln	20,- "
Ortsgruppe Köln	12,- "
Dr. Ghele, Hüllentr. Bundesführer	10,- "
Ortsgruppe Wernigerode	10,- "
Ortsgruppe Schmölln	10,- "
Ortsgruppe Friedberg, Nm.	10,- "
Ortsgruppe Neu-Deutschen	10,- "
Ortsgruppe M. Jaström	10,- "
Ortsgruppe Neuloh	10,- "
Ortsgruppe Nordhausen	10,- "
Ortsgruppe Dethlitz	5,- "
Ortsgruppe Kärenberg	5,- "
Ortsgruppe Barch	5,- "
Ortsgruppe Zielingen	5,- "
Rektor i. R. Kuphal, Berlin-Korow	5,- "
Deutschmann, Schneidemühl	5,- "

Stand vom 19. Juli 1933 946,20 RM.

Nach einer Mitteilung des Amtlichen Preussischen Preßdienstes ist Landrat Dr. Urbank in den einheimischen Ruhestand versetzt worden.

Oberpräsident Koch hatte am Sonntag vormittag der Stadt Eßling einen Besuch ab. Bei dieser Gelegenheit wurde ihm in feierlicher Sitzung im Rathaus der Ehrenbürgerbrief überreicht.

Der bisherige Preßreferent der Gruppe Ostmark, unser Mitarbeiter Kurt Oskar Bark, hat seit dem 15. Juli in der gleichen Eigenschaft seinen Dienst im Deutschlandsender angetreten.

Der Magistrat der Stadt Merzig hat die Ehrenbürger der Stadt, die Oberpräsidenten v. Dillow und v. Meißow, aus der Liste der Ehrenbürger gestrichelt, weil sie mit dem alten System in enger Verbindung standen.

Durch Beschluß des Danziger Senats ist der Danziger Gauleiter der NSDAP, Reichstagsabgeordneter Albert Forster, zum Ehrenbürger von Danzig ernannt worden.

Der Domster Bürgermeister Dickmann, der seit einigen Monaten beurlaubt ist und gegen den ein Strafverfahren mit dem Ziel der Dienstentlassung schwebt, ist in Schutzhaft genommen und in das Zuchthaus Gefängnis angelegelt worden. Ebenfalls in Schutzhaft genommen wurde der ehemalige Geschäftsführer der Domster Kreisgenossenschaft Dohm, J. o. p.

In diesen Tagen feierte die evangelische Kirchengemeinde Sibirsk (Morunowo) im Kreise Carnikau das 150jährige Jubiläum der Weib ihrer Kirche. Die Gemeinde befehrt bereits seit dem Sibirskischen Kriege. Die ersten Aufzeichnungen reichen bis zum Jahre 1625 zurück. Von den Anfängen wurde eine Foljkirche erbaut, die zu den ältesten ihrer Art im ganzen Gebirge überhaupt gehört. In der nächsten Zeit nahmen Superintendent Starke aus Carnikau, der frühere Pfarrer der Gemeinde, Pastor Rappo aus Kolberg, teil. Ein Vertreter des Konfessionsrats überbrachte die Grüße der Kirchgemeinde.

**Unver-
züglich**

**müssen Neubestellungen auf unser „Ostland“ für August/September aufgegeben werden. Ein Setzt
erfolgenden Bestellungen ist eine Sonder-
gebühr von 20 Pf. zu zahlen. Der Seauspreis für
2 Monate beträgt 1,00 M. (ohne Zustellungsgeb.)**

